

Wolfgang Achnitz / Jenny Haas

Völkischer Nationalismus

Ein Notizbuch aus der Provinz

Mit einem Vorwort
von Matthias Pöhlmann

verlag regionalkultur
2026

Titelbild: Offenburg 1938 und 2023

**Fotos: © Stadtarchiv Offenburg Nr. 08.142.1.5. / © Aufstehen gegen Rassismus Offenburg
Umschlagentwurf und Satz: Aufstehen gegen Rassismus Offenburg**

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95505-583-7

Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem und säurefreiem Papier (TCF nach ISO 9706) gedruckt entsprechend der Erfurter Forderungen.

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Hinweis: Für die Inhalte von Webseiten, auf die in dieser Publikation verwiesen wird, übernehmen die Autoren keine Verantwortung.

© 2026 Verlag Regionalkultur GmbH & Co. KG

Ubstadt-Weiher • Heidelberg • Stuttgart • Speyer • Basel

Bahnhofstraße 2 • D-76698 Ubstadt-Weiher

Tel. 07251 36703-0 • Fax 07251 36703-29

E-Mail kontakt@verlag-regionalkultur.de • Internet www.verlag-regionalkultur.de

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	11
Der Nationalsozialismus in Baden und seine Folgen	31
Unbewältigte Vergangenheit: Die zweite Schuld	50
Rechtsextreme Parteien und ihr politisches Vorfeld	70
Die rechtsextreme Alternative	105
Radikalisierung im Widerstand gegen den Staat	145
Tag X – Angriff auf die Demokratie	179
Aufstand der Anständigen – ohne Konsequenzen	220
AfD wirkt: Das Land rückt nach rechts	234
Erinnerungskultur 80 Jahre nach der Befreiung	270
Was folgt	285
Dank	299
Anmerkungen	300
Quellen	327
Abbildungsnachweise	327
Literaturverzeichnis	327
Personen- und Ortsregister	338

jüdischen Lehrer von den Volksschulen entfernt worden seien.«³² An Schulen und Hochschulen ließ der nationalsozialistische Kultusminister Rassenlehre und Wehrwissenschaft unterrichten.

Nach 1937 versuchte Wacker vergeblich, auch im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in der Hauptstadt Berlin Karriere zu machen. Dort aber konnte er sich in der ständigen Auseinandersetzung zwischen Parteidienststellen und Ministerien nicht durchsetzen. Nachdem er nicht wie gewünscht zum Staatssekretär ernannt wurde, erlitt er in Berlin einen Herzinfarkt und zog sich 1939 nach Karlsruhe zurück. Nach einer Kur im Sanatorium auf der Bühlerhöhe starb der überzeugte Nationalsozialist, Antisemit und Anhänger der NS-Rasseideologie am 14. Februar 1940 an den Folgen des Infarkts.³³

Unter Aufmarsch der lokalen NSDAP, der SA sowie der Waffen-SS wurde der Kultusminister und SS-Oberführer Wacker am Samstag, dem 17. Februar 1940, auf dem verschneiten Offenburger Waldbachfriedhof im Grab seiner Vorfahren beigesetzt.³⁴ Er hinterließ neben seiner Frau Mercedes Carlota Heinrich (*1906), die er 1931 in der Evangelischen Stadtkirche in Offenburg geheiratet hatte, zwei Söhne und eine Tochter. Hitler hat der Witwe »zu dem schweren Verlust« zwar in einem unpersönlichen Telegramm seine »Anteilnahme« ausgesprochen, ein Staatsbegräbnis für den Badischen Minister war von der Berliner Reichsregierung aber abgelehnt worden.³⁵

Robert Wagner wurde 1895 im württembergischen Lindach als Robert Backfisch geboren, legte den ihm peinlichen Namen seines Vaters aber später ab. Er brach sein Lehramtsstudium ab, um freiwillig als Soldat im Ersten Weltkrieg zu kämpfen. Am 9. November 1923 war er in München aktiv am Putschversuch der NSDAP unter Adolf Hitler und Erich Ludendorff beteiligt, mit dem die parlamentarische Demokratie beseitigt und eine nationalsozialistische Diktatur errichtet werden sollte. Nach dem Scheitern des sogenannten »Hitlerputsches« wurde die NSDAP vorübergehend verboten und Hitler wegen Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, während der er wesentliche Teile seines Buches »Mein Kampf« verfasste.

Als Hitler Ende 1924 wegen »guter Führung« vorzeitig entlassen wurde und die NSDAP ab Februar 1925 nicht mehr verboten war, trug Wagner maßgeblich zum Wiederaufbau der Nationalsozialistischen Partei bei, vor allem durch die Gründung des badischen Gaus am 27. November 1925. Die Gauleitung unter Wagner hatte fortan ihren Sitz in Karlsruhe, ab dem 7. August



Abb. 4: Grablegung des badischen NS-Ministers Wacker am 17. Februar 1940 in Offenburg.

1940 war der Sitz des erweiterten Gaus Baden-Elsass dann in Straßburg. Zwischen 1925 und 1930 stieg im ganzen Reich die Zahl der Parteimitglieder von 27.000 auf 130.000 an. Die Zahl der NSDAP-Ortsgruppen wuchs in Baden von 48 im März 1928 auf 228 Ende des Jahres 1930. Die Nationalsozialisten nutzten nicht zuletzt die Weltwirtschaftskrise, um ihr antiliberales und antisemitisches Programm gegen das »internationale Finanzjudentum« in der Bevölkerung zu verbreiten.

Hitler in Baden

Hitler selbst war zwischen 1928 und 1940 immer wieder in Südwestdeutschland unterwegs, zum Beispiel mehrfach in Stuttgart, in Heidelberg oder in Mannheim. Allein in Karlsruhe hatte er drei Wahlkampfauftritte, am 3. März 1928 vor 3000 Zuhörern in der Festhalle, am 1. November 1932 vor 40.000 Zuhörern in einem eigens errichteten Zelt und am 12. März 1936 auf dem Sportgelände der Hochschule vor 70.000 Menschen, die zum Teil mit Sonderzügen herbeigeschafft wurden. Auch am 17. Mai 1939 machte Hitler Station in Karlsruhe anlässlich einer Besichtigung des Westwalls und einer Besprechung mit Walther von Brauchitsch, dem Befehlshaber der Wehrmacht, im Hotel Germania. Am 29. Juli 1932 besuchte Hitler Freiburg im Wahlkampf. Dort versammelten sich 70.000 Menschen im Mösle-Stadion, um seine Rede zu hören. Militärische und technische Inspektionen führten Hitler auch nach Kehl, wo er 1938 und 1939 die Zellstofffabrik des Unternehmers Ludwig Trick besuchte und Befestigungswerke in Augenschein nahm.³⁶ Die Besichtigung des Westwalls, die in Aachen begonnen hatte, führte von Karlsruhe über Ottersdorf, Iffezheim und Kehl bis nach Appenweier.

Gauleiter Wagner und Ortsgruppenleiter Wacker gelang es, ihren Parteivorsitzenden auch zu einem Auftritt nach Offenburg zu holen. Am 8. November 1930 hielt Hitler in der Landwirtschaftlichen Halle, die auf dem heutigen Gelände der Burda-Druckerei an der damaligen Adolf-Hitler-Straße (heute Hauptstraße) stand, eine Wahlkampf-Rede für die NSDAP. Da seine Ansprache in eine weitere Halle auf dem alten Messegelände übertragen wurde, sprach Hitler ab 21 Uhr knapp zwei Stunden lang vor mehr als 10.000 Zuhörern aus der gesamten Ortenau. Der führende Nationalsozialist versprach den Offenburgern im Anschluss an die Niederlage im Ersten Weltkrieg und

die Besetzung durch die Franzosen einen wirtschaftlichen Aufschwung durch »politische Macht« und neue Märkte durch eine Erweiterung des deutschen »Lebensraums«. Im zermürbenden Kampf zwischen den nationalistischen und den sozialistischen Kräften im Land wolle seine Partei als nationalsozialistische Kraft die Einheit der Volksgemeinschaft bewahren. Dafür müsse der »Volkskörper« rein von »fremdem Blut« bleiben und dafür müsse die Demokratie abgeschafft werden, denn: »Demokratie ist ein süßes Gift, das jeden verantwortungslos macht. Wir haben eine Organisation aufgebaut auf dem Gedanken der Autorität der Persönlichkeit, haben alles entfernt, was nach Demokratie aussieht«, sagte der Diktator über seine faschistische Bewegung. Diese »Liebe zum Vaterland« werde eine »höhere Macht« belohnen, nämlich der »allmächtige Gott« – laut Berichterstattung in den Zeitungen begeisterte Hitler damit die aus ganz Baden angereisten Massen.³⁷ In seinen selbst verfassten »Erinnerungen« teilte der ehemalige NS-Ministerpräsident Walter Köhler noch 1976 mit, dass Hitler an diesem Abend im Offenburger Hotel Sonne abgestiegen war. Zusammen mit Gauleiter Wagner und dem vermeintlichen Vegetarier Hitler habe man dort Leberknödel gegessen: »Wie ich erfuhr, das einzige Fleischgericht, das er zu sich nahm«, schrieb Köhler.³⁸ Dass Hitler Vegetarier gewesen sei, war allerdings schon damals nur ein Narrativ der NS-Propaganda.

»Auch im südwestdeutschen Grenzland waren es diejenigen, die sich erniedrigt und bedroht fühlten, ohne die die ›nationale Revolution‹ nicht hätte in Gang gesetzt werden können. [...] Jedoch war gerade in einer kleinbürgerlich geprägten Stadt die mittelständische Klientel am ehesten bereit, in der Bewegung ihr Heil zu suchen. Der spätere Bürgermeister Rudolf Moßbrugger hatte mit seiner Einschätzung wohl recht, dass ›der Mittelstand, der in den zwanziger Jahren ein Stabilitätsfaktor in Offenburg war [...] allmählich zur NSDAP‹ abwanderte, weil man dadurch [...] die wirtschaftliche Deklassierung zu vermeiden gedachte.«³⁹ Vom christlich-konservativen »Zentrum« fühlte sich diese Gesellschaftsschicht nicht mehr vertreten und der SPD liefen auch in Offenburger die Wähler scharenweise davon. »In erster Linie wanderte in Offenburg wie im übrigen Baden der Mittelstand – das, was die *Karlsruher Zeitung* in ihrer Wahlanalyse [am 16. September 1930] ›das früher ruhige und gute Bürgertum‹ nannte, – nun zum Nationalsozialismus ab.«⁴⁰

Als Gauleiter und Reichsstatthalter begann Antisemit Wagner 1933 unverzüglich mit der Umsetzung nationalsozialistischer Politik und der Ausschaltung politischer Gegner.⁴¹ Im Vorgriff auf das Gesetz zur Wiederherstellung

Radikalisierung im Widerstand gegen den Staat

Am 28. Januar 2020 wurde in Deutschland der erste Erkrankte aus dem bayerischen Landkreis Starnberg gemeldet: Die neuartige Infektionskrankheit, die ihn befallen hatte, bezeichnete die World Health Organization (WHO) als Covid-19; das dazugehörige Virus erhielt den Namen Sars-CoV-2. Im März starben erstmals Deutsche daran, drei Wochen später gab es in Italien und Spanien jeweils bereits fast 3500 Tote. Am 22. März einigten sich Bundesregierung und Länderchefs deshalb auf weitreichende Ausgangs-, Reise- und Kontaktbeschränkungen – den sogenannten »Lockdown«. Gegen diese staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie fanden bald darauf in zahlreichen deutschen Städten Proteste statt, am 25. April erstmals auch in der Ortenau. Mit Beginn der Covid-19-Pandemie erhielt die AfD unverhofft vollkommen neue Themen: Nach anfänglichem Schwanken darüber, wie mit der unbekannten Gefahr umzugehen sei, brachte der Partei ihre grundlegende Kritik an den Eindämmungsstrategien der Regierenden großen Zulauf. In Bezug auf den Rechtsruck der Partei und ihre Radikalisierung wirkte die Pandemie wie ein Brandbeschleuniger. Der erst seit Januar neue Vorsitzende Tino Chrupalla unterstützte die Kritik an den Maßnahmen, flankiert unter anderem von den Mitgliedern des »Flügels«, der die AfD-Basis zusätzlich gegen staatliche »Übergriffe«, Maskenpflicht, Ausgehbeschränkungen und gegen die Impfpflicht mobilisierte. Ab 2021 führte die Partei die Grenzen überschreitenden Proteste gegen die Pandemiepolitik in mehreren Bundesländern sogar an, teilweise getrieben von verschwörungsideologischem Gedankengut.²¹⁹

Es gab durchaus Gründe, mit den politischen Entscheidungen unzufrieden zu sein: Durch das Verbot größerer Versammlungen, Reisen sowie die Schließung von gastronomischen Betrieben, Kultureinrichtungen, Schulen und Kindergärten fühlten sich viele Menschen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Die Zahl der Arbeitslosen stieg. Auch konnte man sich fragen, ob das vollständige Herunterfahren von Handel und Wirtschaft wirklich notwendig

war: Einen Mund- und Nasenschutz zu tragen und Abstand zu halten, hätte vermutlich gereicht, denn beides stellte sich im Sommer als so wirksam heraus, dass es durch Verordnungen in vielen öffentlichen Bereichen verpflichtend verlangt wurde. Zu einem früheren Zeitpunkt war dies jedoch nicht möglich, denn die Gesundheitsminister hielten keine entsprechenden Masken vorrätig, obwohl wissenschaftliche Pandemiepläne dies seit 2013 so vorsahen. Dazu kam eine dilettantisch entwickelte und nicht funktionierende Warn-App. Doch nachher ist man immer klüger und das übervorsichtige Agieren der Politiker in Deutschland verhinderte, dass wie in anderen Ländern Hunderttausende an Covid-19 starben. Bis 2024 wurden weltweit rund 774 Millionen Infizierte registriert, laut einer Schätzung der WHO gab es 2020/2021 eine weltweite, durch Covid-19 verursachte Übersterblichkeit von 14,83 Millionen Toten.

Die verordneten Einschränkungen trugen in Deutschland dazu bei, das todbringende Infektionsgeschehen durch Covid-19 zu verlangsamen, und sie schützten das Leben besonders gefährdeter Risikogruppen. So wurde eine exponentielle Ausbreitung der Pandemie gestoppt: Wer da eine Verschwörung witterte, verkannte den Erfolg dieser Maßnahmen. Gegen jegliche Vernunft richteten sich bundesweite Proteste dennoch gegen die staatlichen Verordnungen, die von einer kleinen Minderheit als Beschneidung ihrer Freiheit wahrgenommen wurden. Vor allem in Stuttgart demonstrierten unter der Bezeichnung »Querdenken 711« seit April wöchentlich bis zu 5000 Menschen für die Wiedereinsetzung von Grundrechten, nachdem das Bundesverfassungsgericht ein zunächst verhängtes Versammlungsverbot wieder aufgehoben hatte. Der Stuttgarter IT-Unternehmer Michael Ballweg rief als Veranstalter zum Widerstand nach Artikel 20 des Grundgesetzes auf und forderte für den Herbst Neuwahlen zum deutschen Bundestag. An seinen Versammlungen, die im August in Berlin stattfanden, beteiligten sich auf dem Höhepunkt bis zu 40.000 Menschen. Dabei wurden die Proteste gegen die Regierung immer wahrnehmbarer von rechtsextremen Gruppierungen, Reichsbürgern und Anhängern verschiedener antisemitischer Verschwörungserzählungen unterwandert – diese Chance auf Sichtbarkeit nahm auch die AfD wahr.

In der Ortenau versammelten sich erstmals am 25. April und dann am 2. Mai 2020 rund 300 Menschen vor dem Rathaus in Offenburg. Angemeldet war der Protest vom Acherner Unternehmer Hubert Kraus, der auch im Anschluss Hauptorganisator der Veranstaltungen unter dem Motto »Zeig Dein Gesicht für die Grundrechte« blieb. Bald wurde er dabei von mehreren

mittelständischen Unternehmern aus der Region unterstützt. Ab Mai trat auf dem Offenburger Marktplatz auch der durch rechtsextreme Kundgebungen im rheinland-pfälzischen Kandel bekannte Marco Kurz vor etwa 30 Zuhörern als Redner »gegen die Alt-Parteien« auf. Zudem bewegten sich schon seit April Funktionäre und Unterstützer der AfD mit dem Abgeordneten Stefan Räpple auf nicht angemeldeten Kundgebungen, sogenannten Montagsspaziergängen, durch die Stadt und mischten sich später unter die Teilnehmer der »Grundrechte-Demos«.

Kraus betrieb mehrere Telegram-Kanäle zur Vernetzung und zur Organisation seiner zahlreichen rechtsoffenen Veranstaltungen. In seinen Kanälen wurden neben Halbwahrheiten und Fake-News über das Virus, zur Wirkung von Mund- und Nasenschutz oder zur Funktionsweise der PCR-Tests unzählige antisemitische, demokratiefeindliche und rechtsextreme Beiträge geteilt. Zudem breitete Kraus ein Menschenbild aus, das auf einer Art Selektionsprinzip, einer natürlichen Auslese unter den Menschen, beruhte, bei dem Alte, Kranke und Schwache einfach auf der Strecke blieben. Ähnliche, auf der Theorie des Sozialdarwinismus gründende Vorstellungen dienten vor 100 Jahren auch den Nationalsozialisten zur Entwicklung ihrer faschistischen Rassenpolitik.

So sagte Kraus, dass am Virus vor allem »ältere Menschen mit Vorerkrankungen« gestorben seien, und zwar deshalb, weil viele von ihnen »ein geschwächtes Immunsystem« gehabt hätten – »letztlich durch eigenes Verschulden, weil sie eine entsprechende Lebensweise gepflegt haben.« Wenn man stattdessen auf sich achte und sein Immunsystem stärke, könne man dem »entgegenwirken«, behauptete er nach der lateinischen Sentenz »Mens sana in corpore sano« – »ein gesunder Geist in einem gesunden Körper«. Bei diesem Zitat aus Juvenals »Satiren« (2. Jahrhundert nach Christus) »handelt es sich um eine der einflussreichsten Fälschungen, mit denen das deutsche kollektive Bewusstsein und Unterbewusstsein ›geformt‹ und rassistisch – als Missachtung kranker und behinderter, also ›minderwertig‹ eingestufter Menschen – beeinflusst wurde.«²²⁰ Die körperliche Ertüchtigung zur Erhaltung der Gesundheit spielte aus ideologischen und militärisch-kämpferischen Gründen auch im Nationalsozialismus eine zentrale Rolle. So betonte Hitler in »Mein Kampf« deren besondere Bedeutung für den völkischen Staat: »Wie im allgemeinen die Voraussetzung geistiger Leistungsfähigkeit in der rassischen Qualität des gegebenen Menschenmaterials liegt, so muß auch im einzelnen die Erziehung zuallererst die körperliche Gesundheit ins Auge fassen und fördern; denn in der Masse ge-

nommen wird sich ein gesunder, kraftvoller Geist auch nur in einem gesunden und kraftvollen Körper finden.«²²¹ Den Hinweis, dass zunehmend auch junge und gesunde Menschen mit schweren Verläufen und ernsthaften Spätfolgen erkranken, wischte Kraus mit der zynischen Aussage beiseite, dass auch diese Menschen dann wohl ein »Problem mit der Psyche« hätten. »Wie entsteht zum Beispiel Krebs?«, fragte er zurück und gab gleich selbst die Antwort: »In 80 Prozent der Fälle« sei dafür »Stress die Ursache«. Das ist nicht nur wissenschaftlich falsch und hoch gefährlich, sondern auch eine Unverschämtheit gegenüber allen gesundheitlich angeschlagenen, alten und kranken Menschen in unserer Gesellschaft. Wie alle Aktionen der Gegner der Pandemie-Maßnahmen waren auch diese frühen Aussagen unsozial, unsolidarisch und unverantwortlich.

Antisemitische Anastasia-Anhänger

Mit der Absicht, ein Netzwerk von Selbstversorgern im Südwesten zu installieren, hat Hubert Kraus nach eigener Aussage gemeinsam mit dem Hohberger IT-Unternehmer Martin Wolfgang Böllinger im Februar 2021 den Verein »Ortenau-Netzwerk« gegründet, an dem sich zu Beginn angeblich 600 Menschen beteiligt haben. Zunächst wollte man untereinander Dinge tauschen, weil man ungeimpft manche Geschäfte mehr betreten durfte. Doch dann habe er sich mit ähnlichen Gruppen, zum Beispiel in Nordbaden, vernetzt und »Parallelstrukturen« aufgebaut, sagte Kraus im Juli 2024 in einem Interview mit einem rechten Querdenker-Radio aus Berlin. Dafür habe man ein eigenes CB-Funknetz installiert, zu dem er aus juristischen Gründen nichts weiter sagen wolle, eigene Landwirtschaft betrieben, eigenen Strom erzeugt und große Vorräte angelegt. Auch medizinisch habe man sich weitergebildet, man könne sogar Infusionen legen, was schon hundertfach notwendig gewesen sei, und »kleine Operationen« vornehmen. Deutschlandweit gebe es viele ähnliche Gruppen, von Freiburg bis zu den »Freien Sachsen«, berichtete Kraus, sein Traum sei aber eine Ansammlung autark wirtschaftender »freier Dörfer«, die ohne Dinge und Menschen von »draußen« auskommen. Entsprechend wurden Veranstaltungen zu unsinnigen Esoterik-Produkten (etwa zum Thema Erdung), zu alternativen Heilmethoden und »Germanischer Neuer Medizin«, zu Selbstverwalter- und Reichsbürgerthemen angeboten, seit einigen Jahren sogar im eigenen Vereinsheim im Urloffener Gewerbegebiet von Appenweier.

Ohne Sozialstaat gibt es keine Demokratie

Die konservative »Zentrumspartei« spielte in der Weimarer Republik (als Vorgänger der CDU) zunächst eine stabilisierende Rolle, weil sie in den frühen 1920er Jahren Teil der rasch wechselnden Regierungskoalitionen war und parlamentarische Mehrheiten sicherte. Mit der Weltwirtschaftskrise veränderte sich jedoch ihr Kurs, besonders unter Reichskanzler Brüning, der den Sozialstaat für nicht mehr bezahlbar hielt und eine strikte Austeritätspolitik verfolgte.³³⁸ Den Kern bildeten massive Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und Lohnsenkungen, mit denen Brüning die internationale Kreditwürdigkeit wiederherstellen und die Reparationslast als Folge des Ersten Weltkriegs mindern wollte. Tatsächlich aber verschärften seine Maßnahmen die wirtschaftliche Depression deutlich, sie ließen die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau von 6 Millionen steigen und lösten soziale Notlagen aus. Es lässt sich nachweisen, dass die NSDAP dort den größten Zulauf erhielt, wo die Einschnitte am härtesten wirkten. Hinzu kam, dass das »Zentrum« ab 1930 verstärkt per Notverordnungen regierte und dadurch selbst das Parlament entmachtete, was das Vertrauen der Menschen in die Demokratie weiter untergrub. Viele waren damals zunehmend davon überzeugt, dass das bestehende politische System keine Lösungen mehr zu bieten habe, wodurch die radikale Alternative immer attraktiver wurde.

Die Nationalsozialisten lockten Wähler mit Versprechen von nationaler Erneuerung, sozialer Sicherheit und einer Stabilisierung des Arbeitsmarktes, wodurch sie sich als Gegenmodell zur ungeliebten Sparpolitik der Konservativen inszenieren konnten. Brünings Sozialkürzungen und die autoritären Entscheidungen des »Zentrums« waren zwar nicht die einzigen, wohl aber zentrale Faktoren, die den Aufstieg der NSDAP erst möglich machten: Die Demokratie der Weimarer Republik wurde nicht durch eine Revolution gestürzt, sondern durch eine Politik ausgehöhlt, die den Menschen die soziale Sicherheit und damit den Glauben an den Staat und an ihre eigene Zukunft in Wohlstand nahm.

Wer also heute sagt, der Sozialstaat sei »unbezahlbar«, sollte sich darüber im Klaren sein, dass genau dies das Gift ist, das schon einmal eine deutsche Demokratie zerrüttete. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) kündigte an, sich bei den Einsparungen im Haushalt auf das Bürgergeld zu fokussieren – das macht jedoch nur 4,1 Prozent des gesamten Sozialbudgets aus. Er zielte

Was folgt

auf 16.000 bis 200.000 der 5,5 Millionen Bürgergeld-Empfänger, die tatsächlich die Regeln beim Bezug von Bürgergeld missachten. Währenddessen bleiben die Kostenexplosionen in der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung, die mehr als 60 Prozent des Sozialstaats ausmachen, weitgehend unangetastet. Dabei sprachen sich in einer Umfrage des ZDF-Politbarometers im September 2025 zwei Drittel der Befragten für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen aus, mehr als die Hälfte waren gegen Kürzungen im Sozialbereich. Doch statt für eine gerechtere Verteilung der Einnahmen zu sorgen, schonen die christsozialen Politiker große Vermögen und Erbschaften und erklären die finanziell Schwächsten zum Problem der Haushaltsslage. Sie treiben damit die ohnehin schon vorhandene Spaltung der Gesellschaft voran und spielen exakt jenen Kräften in die Hände, die von dieser Destabilisierung leben. Wissenschaftlich ist längst erwiesen, dass soziale Ungleichheit Polarisierung fördert, das Vertrauen in die Demokratie schwächt und damit ein Risiko für die politische Stabilität darstellt. All dies stärkt, wie auch der Blick in die Nachbarländer Italien, Frankreich, Niederlande oder in die USA zeigt, rechtsextreme Parteien wie die »Fratelli d'Italia«, den »Rassemblement National«, die »Party for Freedom«, die Trump-Anhänger oder eben die AfD. Vor hundert Jahren profitierte die NSDAP massiv von der Sparpolitik der »Zentrumsparthei« – jetzt profitiert die AfD von der rechten Politik der Union.

Dieselben liberalen und konservativen Kräfte wie damals lassen sich heute wieder mit den Rechtsextremisten ein: Während die FDP ihnen mit vielen Inhalten nahesteht, Koalitionen platzen lässt oder gar nicht erst eingeht und damit für Destabilisierung sorgt, kooperieren die Konservativen ganz ungehört mit der AfD auf kommunaler Ebene und gewinnen im Bundestag sogar Abstimmungen mit ihrer Hilfe – gar nicht zu reden davon, dass die Union in Fragen der Migrations- und Asylpolitik rechtsextreme Positionen einfach übernimmt und in politisches Handeln umsetzt. Auch dies nutzt zahlreichen nationalen und internationalen Studien zufolge ausschließlich den Extremisten. Auf diese Gefahren machte schon 2019 das »Zentrum für politische Schönheit« aufmerksam, als es die Grabplatte von Franz von Papen von einem Friedhof im Saarland entwendete und zur Erinnerung an dessen Rolle als »Hitlers Steigbügelhalter« vor der CDU-Zentrale in Berlin ablegte.

Ebenfalls schon 2019 forderte die AfD mit einem Antrag im Bundestag eine umfangreiche Überarbeitung des Grundgesetzes durch die Aufnahme des Begriffs »Leitkultur«, die Forderung nach Deutsch als Staatssprache, der Direkt-